Kolumne Winfried Wolf

Geld, Scheinschuldige und Kapitalismus

Parallel mit der Verschärfung der weltweite Krise wird eine fatale Politik der "immanenten Krisenbewältigung" verfolgt. Akteure sind die jeweiligen Regierungen und Staaten, die wiederum als Agenten der großen nationalen Banken und Konzerne handeln. Es handelt sich um eine Antwort mit drei Modulen: erstens kaum begrenzte Staatsknete für diejenigen, die die Krise mit verursachten zweitens eine staatlich konzertierte Kapitalkonzentration

drittens Jobvernichtung und Betonverdichtung - die Verstärkung von Strukturen, die die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gemeinschaft untergraben.

MODUL 1: Im Zeitraum September 2008 bis Ende Februar 2009 wurden auf weltweiter Ebene staatliche Sonderetats zur

rika und Westeuropa, kommt es zu gro-Ben Kapitalkonzentrationen, die direkt oder indirekt durch die staatlichen Administrationen orchestriert und kofinanziert werden. In einer ersten Phase zwischen

September 2008 und Anfang 2009 kam es auf diese Weise zu einem quten Dutzend großer Zusammenschlüsse von Finanzinstituten. Spektakulär sind in Deutschland das Zusammengehen von Commerzbank und Dresdner Bank, das bereits mit 18 Milliarden Euro Steuergelder kofinanziert wird, und die Übernahme der Postbank durch die Deutsche Bank, wo sich die noch halbstaatliche Postbank an der Deutschen

zerne liegt derzeit bei rund 30000 Milli-

arden (oder 30 Billionen) Euro. Damit

wird privaten Unternehmen durch die

zahlenden - ein Betrag zur Verfügung

gestellt, der rund 15 Prozent des Werts

dieser Unternehmen entspricht. Wobei

der Wert der Konzerne und Banken von

Börsenwoche zu Börsenwoche sinkt, wohingegen sich die Subventionssummen

von Monat zu Monat erhöhen.

Inzwischen setzt sich dieser Prozess in der Realwirtschaft fort. Der US-Pharmariese Pfizer übernimmt den Konkurrenten Wyeth; die Kaufsumme von 68 Milliarden US-Dollar wird zu einem großen Teil von den bereits teilverstaatlichen Instituten Citigroup und Bank of America finanziert. Die

österreichische Fluglinie AUA wird von der deutschen Lufthansa übernommen der österreichische Staat zahlt als Mitgift mindestens eine halbe Milliarde Euro. In Frankreich gehen die Rüstungskonzerne Thales und Dassault zusammen - mit Rüstungsausgaben dauerhaft staatlich

Vernichtung von Kapital ler an Börsen notierten Banken und Konund Zukunft Staaten - und letztlich durch die Steuer-Modul 2: Überall auf der Welt, vor allem in den kapitalistischen Zentren Nordame-

kofinanziert. In Deutschland übernimmt

der Autozulieferer Schaeffler (66000 Beschäftigte) den weit größeren Autozulie-

ferer Conti (150000 Beschäftigte). Auch

hier wird die Überahme mit Kredit finan-

ziert: sodass Conti-Schaeffler inzwischen

mit 22,5 Milliarden Euro Verbindlichkei-

der Staat zur Kasse gebeten. Der als Au-

tomobil-Professor titulierte Autolobbyist

sagt, sie wollen genau das: einen zweiten

MODUL 3: Gelegentlich geistert durch die

starken deutschen Zulieferer-Konzern

neben Bosch."

Ferdinand Dudenhöffer sagt, worum es geht: "Alle (Auto-) Hersteller haben ge-

ten völlig überschuldet ist. Auch hier wird

Bank beteiligt.

öffentlichen Debatten die These, die Regierungen würden in einem erstaunlichen Keynesianismus-Hype Staatsgelder zur Stützung der Konjunktur und zur Rettung von Arbeitsplätzen einsetzen. Das Gegenteil trifft zu. Mit den gewaltigen Prozessen der Kapitalkonzentration werden die Tendenzen zur Schaffung von Überkapazitäten und zur Wegrationalisierung von Millionen Arbeitsplätzen gestärkt. Der Deal Pfizer-Wyeth wird



"Rettung des Finanzsektors" in Höhe von 4000 Milliarden Euro aufgelegt. Gleichzeitig gab es direkte staatliche Hilfen für Konzerne der Realwirtschaft in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro. Ein größerer Teil der Bankenhilfen wird an die Konzerne durchgereicht. Der Wert al-



60 000, die Übernahme der Dresdner Bank durch die Commerzbank 20000 Jobs und das Projekt Schaeffler-Conti 30000 bis 40000 Arbeitsplätze kosten. Auf weltweiter Ebene werden Hunderte Milliarden Euro und Dollar an Steuergeldern für Kapitalkonzentrationen und zur Vernichtung von Millionen Arbeitsplätzen eingesetzt. Dabei wird am Ende der private Finanzsektor, der diese Krise mit verursacht hat, ein weiteres Mal aufgepäppelt (die teilweise verstaatlichten Banken sollen ja "so bald wie möglich" reprivatisiert werden). Gleichzeitig werden die Branchen Automobilindustrie, Flugzeugbau und Fluglinien gestärkt. Doch gerade diese sind charakteristisch sind für ein fatale Ausrichtung der Weltwirtschaft auf den Konsum von Öl mit seinen Derivaten Benzin, Diesel und Kerosin, was eine wesentliche Triebkraft für Umweltzerstörung und Klimaerwärmung ist.

Diese Krisenbewältigungspolitik wird von Millionen einfachen Menschen einen hohen Preis fordern. Sprunghaft ansteigende Arbeitslosigkeit und verstärkter Sozialabbau sind programmiert; Deflation und Hyperinflation denkbar. Erste Massenproteste in Frankreich, Irland, Griechenland, Lettland und Island - und erste international koordinierte Aktionstage am 28. März und am 16. Mai - verdeutlichen das Protestpotential. Vor diesem Hintergrund kommt eine große Bedeutung der Frage zu, ob die Verantwortung für die Krise und für die beschriebenen Krisenbewältigungs-Strategien - dort gesehen wird, wo sie tatsächlich liegt: bei der kapitalistischen Produktionsweise als Ganzer, repräsentiert durch die großen - überwiegend national bestimmten - Banken und Konzerne. Oder ob die Proteste auf Scheinschuldige gelenkt werden können. In der Weltwirtschaftskrise 1929 war dies gelungen, als der Volkszorn auf die Juden und das Finanzkapital gelenkt wurde, auf das "raffende" Kapital, das im Gegensatz zu dem "schaffenden Kapital" präsentiert wurde.

Solche Tendenzen sind in der gegenwärtigen Krise erneut erkennbar. So wenn

der Schriftsteller Peter Schneider in der Frankfurter Rundschau (18.2.) nur einen Geldkapitalismus und nur einzelne "Gurus des Scheingewinns" als Verantwortliche für die Krise präsentiert und dann für eine Runderneuerung des Kapitalismus plädiert: "Der Casino-Kapitalismus ist spektakulär gescheitert, der Kapitalismus muss neu definiert werden." Schneider spricht von der "Anonymität der Regisseure der Katastrophe"; es gebe "kaum ein merkfähiges Gesicht in der internationalen Finanzwelt" (18.2.). Das Handelsblatt präsentiert allerdings ein solches "merkfähiges Gesicht" und druckt großflächig ein Foto mit dem Finanzbetrüger Bernie Madoff im Profil mit dem unkommentierten Zusatz, seine Anleihen seien als "jüdische Bonds" bekannt gewesen (18.2.). In der Süddeutschen Zeitung wird erklärt, "Madoff war der größte, wenn auch nicht gerissenste Finanzjongleur seit Arnold Rothstein", wobei der Letztge-

nannte als derjenige präsentiert wird, der "statt sich über die Thora zu beugen, das organisierte Verbrechen in den USA begründete" (5.1.).

Die Personalisierungen sind irreführend. Die Reduktionen auf Spekulanten und Juden sind brandgefährlich. Es fehlt jedes Maß für die realen Proportionen. Die Verallgemeinerung "Geld" erklärt nichts. Und schließlich werden die wesentliche Krisenursache verschwiegen.

Tatsächlich zerstörten bereits die "Finanzjongleure" der vom Staat übernommenen

US-amerikanischen Versicherung AIG und die Finanzjongleure der Hypo Real Estate (HRE) *jeweils* zehn Mal größere Werte als Madoff. Die Steuermilliarden, die in die HRE gepumpt werden, fließen im übrigen zu einem größeren Teil der Deutschen Bank zu, die die Geschäfte der HRE-Tochter Depfa kreditierte und die auf diese Weise – marktwidrig – ihre Milliarden-Kredite durch staatliche Hilfe zurückerhält. Im übrigen ist das Gesicht des Top"Finanzjongleurs" der Deutschen Bank durchaus "merkfähig".

Es geht jedoch nicht um einzelne Personen. Verantwortlich für die "Katastrophe" sind alle großen Finanzinstitute und ein großer Teil der Konzerne in der westlichen Welt. Ursache für diese Krise ist letzten Endes die ausschließliche Orientierung auf die Profitmaximierung, die alle kapitalistische Unternehmen bestimmt. Die aktuellen

Strategien zur Kri-

senbewältigen

verstärken diese

7



"Après moi, le déluge" – "Nach uns die Sintflut". Karl Marx` Charakterisierung wird in der neuen Weltwirtschaftskrise ein weiteres Mal drastisch bestätigt.

